

Erinnerung an das Fernmeldeamt Wiesbaden

Verfasser: Dipl.-Vww. Günter Borm,
Fernmeldeoberamtsrat a.D.,
Beamter für Öffentlichkeitsarbeit des Fernmeldeamtes in Wiesbaden

Vom Fernmeldewesen in Wiesbaden

In Wiesbaden hielt das Fernmeldewesen erstaunlich früh Einzug. Hier gab es schon in den Anfangszeiten der elektrischen Telegrafie eine elektromagnetische Telegrafenanlage längs der Taunusbahn zwischen Kastel und Wiesbaden. William Fardely aus Mannheim baute im Jahre 1844 eine 8,8 km lange oberirdische Versuchsstrecke, die mit einem von ihm gebauten Schreiblelegrafen betrieben wurde und die durch den Anschluß von Biebrich Anfang 1845 eine Ausdehnung von 11 km erreichte. In jener Zeit und davor bestand zwar eine Reihe von Experimentalanordnungen, wie zum Beispiel von Sömmering, Steinbeil, Gauß und Weber, Schilling von Cannstatt und anderen, aber eine Anlage für den praktischen Gebrauch wie in Wiesbaden existierte nicht. Damals waren auf dem europäischen Festland nur die bekannten französischen und preußischen optischen Telegrafennetze in Betrieb sowie ein elektrisches Signalsystem auf der Seilbahn von Aachen nach Ronheide aus dem Jahre 1843, mit dem man aber nicht mehr als vier Zeichen darstellen konnte. Elektrische Telegrafennetze bestanden sonst noch in England sowie in Amerika, wo im gleichen Jahre 1844 Samuel Morse seine Verbindung zwischen Washington und Baltimore eröffnet hatte. Die Telegrafenanlage Wiesbaden-Kastel, die das anfängliche Versuchsstadium bald verließ und wenig später nach Frankfurt verlängert wurde, benutzte als technische Besonderheit nur eine Leitung, weil Fardely bei der Konstruktion seiner Apparate die Leitfähigkeit der Erde für die Rückleitung ausnutzte. Durch die Benutzung nur einer Leitung erzielte Fardely eine enorme Kostenersparnis, die noch dadurch erhöht wurde, daß er seine Apparate preiswert lieferte. Die Freileitung bestand aus einem an Holzmasten befestigtem Kupferdraht von 1,5 mm Durchmesser. An beiden Endpunkten der Linie hatte man große Kupferplatten in den Boden gesenkt und so die Leitfähigkeit erhöht. Als die Anlage im September 1844 in Betrieb genommen wurde, stand im Taunusbahnhof in Wiesbaden ein Fardelyscher Zeigertelegraf und in Kastel ein Druckapparat. Bei dem Zeigertelegrafen handelte es sich um eine für den eindrahtigen Betrieb konstruierte Fortentwicklung des Wheatstoneschen Apparates.

Als der elektrische Telegraf auf den ersten Verbindungswegen nach Überwindung der anfänglichen Mängel seine Zuverlässigkeit unter Beweis gestellt hatte, plante man bald weitere Linien, die in den fünfziger und sechziger Jahren des vorvergangenen Jahrhunderts entstanden.

Im damaligen Herzogtum Nassau, das seinen Regierungssitz in Wiesbaden hatte, besaß die Preußische Königliche Telegrafendirektion gewisse Befugnisse zum Bau von Telegrafennetzen, die offenbar immer von Fall zu Fall im einzelnen vereinbart wurden. Als erste große Land-Telegrafennetzlinie in Nassau entstand im Jahre 1857 die Verbindung Frankfurt-Wiesbaden-Langenschwalbach-Nassau-Ems, über die (dann als Königsleitung 139 bezeichnet) im Jahre 1870 die Emser Depesche Bismarcks telegraphiert wurde. Der zwischen Wiesbaden und Frankfurt verlaufende Teil dieser Linie wurde seinerzeit als Ländchenleitung bezeichnet und war im Jahre 1862 bereits auf

fünf Leitungen angewachsen. Zu den frühen Telegrafienlinien, die von Wiesbaden aus gingen, zählen noch die nach Schlangenbad (1863) und Montabaur (1870).

Erste öffentliche Telegrafienstation in Wiesbaden

Die erste öffentliche Telegrafienstation Wiesbadens befand sich im Taunusbahnhof, nachdem die Taunusbahn im Jahre 1853 schließlich die Erlaubnis bekam, Privattelegramme zu befördern. Ihre Telegrafienanlagen durften jedoch mit anderen nicht in unmittelbare Verbindung treten. Sie blieb allerdings nicht lange die einzige, denn andere Eisenbahnen kamen bald nach Wiesbaden, die auch mit Telegrafien ausgerüstet waren, und darüber hinaus gab es in den 1850er Jahren eine Königlich Preußische Telegrafienstation, die zunächst von ihrem wahrscheinlichen Domizil in der Rheinstraße 8 zur Bahnhofstraße umzog und später im alten Rathaus Wiesbaden, Marktstraße 18, untergebracht war, wobei sie nacheinander die Bezeichnungen Königlich Preußische Telegrafienstation, Telegrafienstation des Norddeutschen Bundes und schließlich Telegrafienstation des Deutschen Reiches trug. Im Adreßbuch der Stadt Wiesbaden findet man immer wieder die Eintragungen Telegrafienstation der Taunusbahn, die seit Fardely's Tagen die Anschrift Rheinstraße 4 hatte. In folgenden Adreßbuchausgaben findet die Telegrafienstation Erwähnung:

- o 1860/61 Königlich Preußische Telegrafienstation, Rheinstraße 8
- o 1868/69 Telegrafienstation der Königlich Staatsbahn, Rheinstraße 6
- o 1869/70 Telegrafienstation des Norddeutschen Bundes, Marktstraße 18
- o 1871/72 Telegrafienstation des Deutschen Reiches, Marktstraße 18
- o 1877/78 Telegrafienstation der Staatsbahn, Rheinbahnstraße 6
- o und Telegrafienamt des Deutschen Reiches, Rheinstraße 9 (später 19)

In der Rheinstraße 9 befand sich das Palais des Grafen Walderdorff, nassauischer Staatsminister von 1835 bis 1842, das im Jahre 1876 die Post aufkaufte und für Dienstzwecke umbaute und das damals eine Zierde für die Rheinstraße darstellte. In dieses Gebäude zogen das Wiesbadener Postamt und das 1876 gegründete Telegrafienamt ein. Im Jahre 1900 wurde das Postpalais abgerissen, weil es einem Neubau weichen mußte, der in den Jahren 1904 bis 1905 errichtet und in der Zeit bis 1907 zur Luisenstraße erweitert wurde. In dieser Form besteht das Gebäude im wesentlichen noch heute

Statistische Erhebung

Am 30. April 1876 unterschrieb der Kaiserliche Ober-Postdirector in Frankfurt am Main, Geheimer Postrath Heldberg, eine Verfügung an das Tax-Büro seiner Direction „...mit dem Auftrage, aus den Eisenbahn-Contors bzw. dem Tel. Material zu ermitteln, wie viel Telegramme innerhalb des Monats März d. J. bei den im diesseitigen Bezirk gelegenen Eisenbahn-Telegraphen-Stationen aufgegeben worden sind.“ Frist: 14 Tage. Dieses angeforderte Verzeichnis legte das Tax-Büro bereits vor Ablauf des Termins am 9. Mai „gehorsamst“ vor. Danach wurden auf den Stationen der alten Taunusbahn 219 Telegramme angenommen, davon 11 in Wiesbaden. Auf die anderen Bahnhöfe entfielen die folgenden Zahlen:

Frankfurt am Main	44
Hattersheim	17
Hochheim	16
Biebrich	13
Flörsheim	10

<i>Seniorenbeirat Telekom</i>		
Höchst	4	3/21
Castel	3	
Curve	1	

Von den Anfangszeiten des Wiesbadener Telegrafenamtes bis zum Ende des Ersten Weltkrieges

Erster Vorsteher des 1876 gegründeten Telegrafenamtes war Telegrafendirektor Gustav Meyer. Ab 1885 wurde das Amt von Telegrafendirektor Josef Sack geleitet, in dessen Amtszeit auch die Inbetriebnahme der ersten Stadtfernsprecheinrichtung Wiesbadens fiel. Der in der zeitlichen Reihenfolge dritte Amtsvorsteher war ab 1887 Telegrafendirektor Eduard Freiherr von Seckendorf, der 1896 die ersten Fernsprechgehilfinnen in Wiesbaden mit einem Tagegeld von 2,25 Mark einstellte und der bis 1902 Dienst tat. Anschließend leitete Telegrafendirektor Frosch 21 Jahre lang das Telegrafenamtsamt. Kaum hatte General-Postmeister Heinrich von Stephan im Oktober 1877 das Bell'sche Telefon kennen gelernt, da ließ er es auch schon innerhalb kurzer Zeit bei der Post einführen und zwar zunächst als Telegrafengerät. Er gab bereits am 28. November 1877 eine Dienstanweisung für den Betrieb von Telegrafengeräten mit Fernsprechbetrieb heraus und richtete Telegrafengeräte mit Fernsprechbetrieb ein, die nur zur Übermittlung von Telegrammen mittels Fernsprecher dienten. Das war zu jener Zeit ein ausgezeichnete Gedanke, weil nur das Telegrafengerät mit einfachen Mitteln bis hin zu kleineren Orten ausgebaut werden konnte und man weder kostspielige Morse- oder andere Telegrafengeräte noch besonders ausgebildetes Personal benötigte. Seit 1877 sind für den Telegrafengerätbetrieb mit Fernsprechern besondere Leitungen eingeführt worden, die Sp-Leitungen genannt wurden und an die mehrere Ämter hintereinander mit parallel geschalteten Hörern angeschlossen waren. Die so miteinander verbundenen Telegrafengeräte verkehrten, wie man damals sagte, im Omnibusverkehr. Eine solche Omnibus-Linie, die früher zum Leitungsrevisions-Bezirk Wiesbaden gehörte, war die sogenannte Westerwald-Telegrafengerät-Rundlinie, an die unter anderem Montabaur, Hadamar, Limburg, Westerburg und Rennerod angeschlossen waren. Eine andere Omnibus-Leitung verlief von Wiesbaden über die Rheingauorte nach Koblenz, wobei jede Telegrafengeräteanstalt ihr besonderes Rufzeichen hatte

Die Stadt-Fernsprecheinrichtung in Wiesbaden

Seit Anfang 1885 bemühte sich der Geheime Postrat Theodor Karass, unter den 55000 Einwohnern Wiesbadens Fernsprechabonnenten zu gewinnen. Immerhin gab es dann in Wiesbaden 68 Teilnehmer, als am 1. Dezember 1885 im Parterre des Seitenflügels auf dem Posthof Rheinstraße 23/25 die erste Stadt-Fernsprecheinrichtung eröffnet wurde. Sie kostete 47000 Mark und war mit Klappschränken ausgestattet, an denen zwei Beamte in der ersten Zeit täglich bis zu 180 Gespräche vermittelten. Die beiden Beamten waren die Vermittlungsanstalt, wie aus der Anweisung zur Benutzung der Fernsprecheinrichtungen hervorgeht und meldeten sich, wenn eine Klappe fiel, mit den Worten: Hier Amt, was belieben? Sie stellten die Verbindung mit Stöpselschnüren über Klinken her, an denen die oberirdisch geführten Anschlußleitungen aus Eisendraht endeten. Zu den Anschlüssen führte jeweils nur ein Draht, wobei als Rückleiter wie zu Fardely's Zeiten die Erde diente. In den ersten 10 Jahren war es mit der Entwicklung des Fernsprechdienstes nur recht langsam voran gegangen. So waren in diesem Zeitraum die Zahlen der Anschlüsse von zunächst 68 auf 380, die der täglich vermittelten Gespräche von 180 auf 2100, und die der Vermittlungsbeamten (Frauen kamen erst 1896 hinzu) von zwei auf neun gestiegen. Aber nach 1895 hatte eine kräftige Aufwärtsentwicklung eingesetzt, die schließlich im Jahre 1910 zu einer stolzen Zahl von 3907

Anschlüssen führte. Damit hatten sich die Sprechstellen gegenüber 1895 mehr als verzehnfacht. Nun waren schon am fünfundzwanzigsten Geburtstag der Stadt-Fernsprecheinrichtung 76 Vermittlungskräfte damit beschäftigt, täglich 30000 Gesprächsverbindungen herzustellen. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges waren 4682 Anschlüsse und nach dessen Ende (und zwar 1919) 5358 Anschlüsse in Betrieb.

Ohne einschneidende Veränderungen in der Technik war der ständig zunehmende Fernsprechverkehr nicht mehr zu bewältigen. Aus diesem Grund kam 1905 eine ganz entscheidende Neuerung, die mit dem Neubau des Postdienstgebäudes (der heutigen alten Hauptpost) auf dem ehemaligen Walderdorff'schen Grundstück einherging. Um für mehrere Jahre den nötigen Raum für den Fernsprechbetrieb zu schaffen, wurde im Mittelbau zwischen Rhein- und Luisenstraße ein 480 qm großer, mit Oberlicht ausgestatteter Saal geschaffen, in dem die Vielfachschränke nach dem Zentralbatteriesystem Aufstellung fanden. Damit wurden die früher bei den Sprechstellen untergebrachten Stromquellen für den Anruf und das Sprechen beim Amt vereinigt, zentralisiert. Als Anrufsignal diente bei den neuen Vielfachschränken kleine Glühlampen statt der früheren Klappen.

Mit der Einführung des Zentralbatteriesystems und der Vielfachschränke war auch eine völlige Umgestaltung des Leitungsnetzes verbunden. Nun mußten alle bisher eindrahtig angeschlossenen Fernsprechapparate mit zwei Adern versorgt werden. Das war natürlich auf längere Sicht mit oberirdisch gespannten Leitungen in Wiesbaden nicht mehr möglich. Zudem gab es bereits vorher Hindernisse und Schwierigkeiten, besonders auf den Dächern der Häuser, an denen Stützpunkte für oberirdische Leitungen angebracht waren und die bis zur Grenze ihrer Belastbarkeit in Anspruch genommen wurden. Das Telegrafenamts legte deshalb bereits im Jahre 1900 ein erstes Fernsprechkabel mit 448 papierisolierten Kupferadern zur Wilhelmsheilanstalt aus. Nach und nach verschwanden in den folgenden Jahren die Freileitungen und damit das unschöne Gewirre von Stangen und Drähten auf den Dächern Wiesbadens.

Die Telegrafen- und Fernsprechlinien errichtete und unterhielt der Bau, ein Wort, mit dem auch heute noch der Fernmeldebauamt kurz bezeichnet wird.

Im Gründungsjahr 1876 des Wiesbadener Telegrafenamtes gab es bei der Frankfurter Ober-Postdirektion zwei Telegrafelinien- und Instandhaltungsbezirke, von denen der Frankfurter Bezirk mit dem Leitungsrevisor Sturm für den Wiesbadener Bereich mit zuständig war. Mit der später zunehmenden Verdichtung des Telegrafen- und Fernsprechnetzes fielen soviel Arbeiten an, daß die Organisation mehrere Male geändert wurde. Bis zum Jahre 1905 erhöhte sich die Zahl der Leitungsrevisionsbezirke auf fünf, von denen einer seit 1887 in Wiesbaden unter den Leitungsrevisor Steinhäuser und später Engelman stand. Der Leitungsrevisor unterstand direkt der Oberpostdirektion. Er hatte in seinem Bezirk für die Ausführung aller Fernmeldebauarbeiten zu sorgen, die Linienführung und Wegebenutzung zu ermitteln, den Bedarf an Baumaterial und Apparaten festzustellen sowie die Arbeitskräfte einzustellen. Gearbeitet wurde zunächst vom Frühling bis zum Herbst, dann entließ der Leitungsrevisor das Personal. Erst später, als der Baudienst verschiedentlich umorganisiert wurde, beschäftigte man die Arbeiter das ganze Jahr hindurch. Ab 1905 erhielt das Telegrafenamts eine eigene Fernsprech-Bauabteilung und aus dem Leitungsrevisor wurde ein Telegrafen-Bauführer.

1914 begann der Erste Weltkrieg. Viele Beamte des Telegrafenamtes wurden Soldaten, einige mußten ihr Leben lassen und andere kamen mit Verwundungen zurück. Aus dem Kaiserlichen Telegrafenamts wurde nach dem Krieg schlicht ein Telegrafenamts. Eine Epoche ging zu Ende.

Nach dem Waffenstillstandsvertrag besetzten französische Truppen im Dezember 1918 das Rheinland und rückten dabei auch in Wiesbaden ein. Von nun an entstanden den Beamten des Telegrafenamtes und anderen Behörden Schwierigkeiten durch die Unterstellung Wiesbadens unter die französische Militärgewalt. Die Beamten mußten sich damals durch die Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens, des Friedensvertrages, des Rheinlandabkommens und der örtlichen Besatzungsbehörde hindurchklavieren, gleichzeitig aber die deutschen Gesetze sowie die Anordnungen und Verfügungen ihrer außerhalb des Besatzungsgebietes liegenden vorgesetzten Oberpostdirektion Frankfurt beachten. Ohne Wissen und Zustimmung der Franzosen durften damals Beamte weder eingestellt noch befördert oder entlassen werden. Der Oberpostdirektion sprachen die Besatzungsbehörden alle Weisungsbefugnis ab und ließen deren Beamte zunächst nicht in das Rheinland einreisen. Mit gewissen Einschränkungen erkannten sie schließlich eine Vertretung der Oberpostdirektion Frankfurt an, die zuerst in Mainz und dann in Wiesbaden untergebracht war. Im Jahre 1920 entstand aus dieser Vertretung die Stelle des Beauftragten der Deutschen Reichspost beim Interalliierten Oberkommando, die eine Art Vermittlerrolle ausübte. Diese Position nahmen die jeweiligen Vorsteher des Wiesbadener Telegrafenamtes ein. Als im Jahr 1923 Frankreich das Ruhrgebiet besetzte und die Reichsregierung den passiven Widerstand proklamierte, wuchsen die Spannungen zwischen den Deutschen und den Franzosen in Wiesbaden immer mehr an. Im Brennpunkt dieser Spannungen stand natürlich auch das Telegrafenamtsamt. Hier hatten die Franzosen eine militärische Zentrale eingerichtet und benutzten viele beschlagnahmte Leitungen und Einrichtungen. Der französische Nachrichtenverkehr und die Übermittlung der Befehle nahmen ihren Weg über das Telegrafenamtsamt. Somit war ein ununterbrochener Anlaß zu Konflikten gegeben. Starrköpfigkeit und Unverständnis auf beiden Seiten führten nach und nach zu unausbleiblichen Schwierigkeiten, zu Ausweisungen und Verhaftungen von Amtsangehörigen und schließlich zur Schließung des Telegrafenamtes am 10. März 1923 durch die Franzosen. Unter dem Eindruck dieser Maßnahmen kam es zu Protesten und Streiks, die aber zu nichts als einer weiteren Verschärfung der ohnehin spannungsgeladenen Situation führten. In dieser Zeit fand die Oberpostdirektion Frankfurt in Postdirektor Wilhelm Steinhäuser einen Mann, der imstande war, diese aussichtslose Lage zu meistern. Mit diplomatischem Geschick erreichte er nach vielen Verhandlungen mit den Franzosen und mehreren Versammlungen mit dem Personal des Telegrafenamtes, daß am 26. September 1923 der Dienst wieder aufgenommen wurde, nachdem die Franzosen ihre sechzig Mann starkes Truppenkommando aus dem Telegrafenamtsamt zurückgezogen hatten.

Zusätzlichen Ärger bekam Steinhäuser mit den Anschlüssen der damaligen Regierung von Adam Dorten, der mit Unterstützung der Franzosen im Jahre 1919 versuchte, eine Rheinische Republik zu proklamieren und der 1923 einen letzten Versuch unternahm, doch noch zum Ziel zu kommen. Wegen der starken französischen Schutzhand mußte Postdirektor Steinhäuser die von der Dorten-Regierung benutzten Fernsprechanchlüsse genau so bedienen, wie alle anderen, obwohl vielfach hierfür keine Gebühren bezahlt und Sperren oder Abschaltungen von den Franzosen nicht geduldet wurden. Am 3. Juni 1924 übergab Steinhäuser nach einem konfliktreichen Jahr das Telegrafenamtsamt an Oberpostdirektor Hermann Gieß, der später in das Reichspostministerium berufen und dort zum Staatssekretär ernannt wurde. Weitere Leiter des Telegrafenamtes bis zum Zweiten Weltkrieg waren Postrat Walther (1926), Oberpostrat Eckert (1931), Postrat Gerber (1939), Postrat Dipl.-Ing. Matschke (1940) und Postamtmann Sinz als kommissarischer Leiter während des Zweiten Weltkrieges.

In die Wirren nach dem Ersten Weltkrieg fiel die Gründung eines neuen Amtes des Fernmeldewesens, des Telegrafengebäudeamtes Wiesbaden.

In der Luisenstraße 10/12 wurde am 1. September 1920 das Telegrafienbauamt Wiesbaden eingerichtet. Aus der alten Organisationsform übernahm das Telegrafienbauamt die frühere Fernsprech-Bauabteilung als Telegrafien-Bauabteilung. Der neue Bauamtsbereich umfaßte die neun Bauführerbezirke Wiesbaden Stadt, Wiesbaden-Ost mit Flörsheim, Wiesbaden-Südwest mit Biebrich, Rheingau in Rüdeshcim, Untertaunus in Bad Schwalbach, Rhein in Niederlahnstein, Unterlahn in Bad Ems, Unterwesterwald in Montabaur und Main-Taunus in Höchst, an deren Spitze jeweils ein Telegrafien-Oberbauführer stand, der vier oder fünf Bautrupps mit jeweils zwölf Arbeitskräften zur Verfügung hatte. Im Verlauf der folgenden Jahre änderte sich der Amtsbereich mehrmals. So kamen 1924 die Bezirke von Königstein, Diez und Hachenburg hinzu, die nach Abzug der Besatzungstruppen im Jahre 1930 wieder zu ihren ehemaligen Telegrafienämtern zurückkehrten. Nach Auflösung des Telegrafienbauamtes Limburg im Jahre 1934 erhielt das Telegrafienbauamt Wiesbaden die Bezirke Limburg und Hachenburg. Das neue Amt nahm seine Arbeit mit 272 Bediensteten auf. An der Spitze des Amtes stand bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges mit Ausnahme einer kurzen Unterbrechung Telegrafiendirektor Otto Leng. Während die Fernsprech-Bauabteilung des Telegrafienamtes ein ausführendes Organ der Oberpostdirektion war, leitete das Telegrafienbauamt innerhalb seines Amtsbereiches nunmehr den Telegrafien- und Fernsprechbaudienst selbständig. Zug um Zug wurde das Liniennetz entsprechend des Bedarf weiter ausgebaut. In der Zeit zwischen 1927 und 1934 wurden die ersten Fernkabel ausgelegt, 1933 ging das erste Verstärkeramt des Telegrafienbauamtsbereichs in Betrieb und 1938 wurde mit dem Bau der unterirdischen Verstärkerstelle Rüdeshcim (Nothgottes) sowie mit den Arbeiten zur Einführung des Drahtfunks über Fernsprechleitungen begonnen. Zur Erfüllung der umfangreichen Bau- und Unterhaltungsarbeiten in dem weiträumigen Amtsbereich erhielt das Telegrafienbauamt 1920 seinen ersten Lastkraftwagen, 1926 einen Personenkraftwagen, 1928 den ersten Bautrupplastzug und in den Jahren 1929 bis 1933 kleine Personenkraftwagen für den Entstörungs- und Ämterpflagedienst, den das Telegrafienbauamt für alle außerhalb Wiesbadens errichteten Wählvermittlungsstellen (Selbstanschlußämter) wahrnahm.

Die Entwicklung des Fernmeldewesens nach dem Ersten Weltkrieg

Die entscheidendste technische Veränderung im Fernsprechvermittlungsdienst des Telegrafienamtes Wiesbaden nach der Umstellung von dem Ortsbatterie- auf den Zentralbatteriebetrieb im Jahre 1910 kam 1926, als eine für damalige Verhältnisse hochmoderne Wählvermittlungsstelle die Orts-Handvermittlung ablöste. Angefangen hatte die Wählvermittlungstechnik mit einem unzufriedenen Telefon-Abonnenten Almon B. Strowger aus Kansas-City, einem Leichenbestatter, der sich bei der Gesprächsherstellung bei den Damen seiner Vermittlung benachteiligt fühlte und Überlegungen anstellte, wie man Telefonverbindungen mechanisch zustande bringen könnte. Im Jahre 1889 erhielt er für die erste elektromechanische Wählervorrichtung ein Patent. Nach jahrelangen Experimenten mit verschiedenen elektromechanischen Systemen ist von der Reichspost ein Hebdrehwähler eingeführt worden, der in dem sogenannten System 22 allgemein Verwendung fand. Doch bevor diese neue Wähltechnik beim Telegrafienamt Einzug hielt, mußte erst Platz für die schweren Gestelle mit ihren Vor- und Hebdrehwählern sowie den Relais geschaffen werden. Zu diesem Zweck wurde der 7 bis 8 Meter hohe Raum der Handvermittlung umgebaut und mit einer Zwischendecke hoher Tragfähigkeit versehen. So entstanden zwei übereinanderliegende Räume, von denen der obere für das Selbstanschlußamt (so wurde eine Wählvermittlungsstelle damals genannt) bestimmt war, während in dem anderen das Fernamt und später das Schnellamt unterbracht waren. Ein im Seitenflügel des Postdienstgebäudes aufgebautes Notfernamt überbrückte die Zeit der Umbauarbeiten. Der Aufbau des ersten Wiesbadener Selbstanschlußamtes begann am 24. August 1925 durch die Aufbaufirma Siemens & Halske. Der Aufbau dauerte 9 Monate. Das neue Selbstanschlußamt besaß eine Kapazität von 7200 Anschlüssen sowie 800 Mehranschlüssen für Teilnehmer mit mehreren Anschlußnummern

und war damit das erste große Selbstanschlußamt im Bereich der Oberpostdirektion Frankfurt. Die Inbetriebnahme erfolgte in der Nacht vom 19. auf den 20. Juni 1926. Diese Vermittlungsstelle versorgte jahrzehntelang die ganze Stadt Wiesbaden mit Ausnahme von Biebrich und Schierstein und erhielt später die Bezeichnung Vermittlungsstelle 2. Ein weiteres Selbstanschlußamt ging in Wiesbaden am 25. März 1928 im Postamt Wiesbaden-Biebrich in Betrieb und wurde später als Ortsvermittlungsstelle 6 bezeichnet. Damit konnte auch in Biebrich der seit dem 8. November 1891 eingeführte handvermittelte Fernsprechortsdienst aufgehoben werden. Für den Unterhaltungsdienst beider Selbstanschlußämter war die technische Stelle des Telegrafenamtes Wiesbaden zuständig. Im Bereich des Telegrafenbauamtes Wiesbaden kamen u. a. Kleine Landzentralen zum Einsatz. Darunter verstand man kleine Wählvermittlungsstellen für jeweils 50 oder 100 Teilnehmeranschlüsse. Eine solche wurde im Ortsnetz Wallau am 10. Juni 1926, also zehn Tage vor dem großen Selbstanschlußamt Wiesbaden, in Betrieb genommen. Die Vermittlungsstelle war in einem eigens dafür gebauten kleinen Häuschen von 20 qm Grundfläche untergebracht, wofür die Fernsprechteilnehmer einen Zuschuß von je 150 Reichsmark zu zahlen hatten. Weitere Selbstanschlußämter gingen am 20. März 1926 in Schlangenbad, am 13. August 1928 in Bad Schwalbach, am 19. Dezember 1929 in Eltville, am 21. Dezember 1929 in Oestrich, am 8. März 1930 in Rüdeshheim, am 7. September 1932 in Hochheim (Main), am 4. Oktober 1933 in Idstein, am 1. Dezember 1933 in Michelbach, am 10. Februar 1934 in Wehen und am 12. Juni 1936 in Lorch in Betrieb.

Schnellverkehr Wiesbaden-Frankfurt

Zwischen Frankfurt und Wiesbaden wurde im Jahre 1927 das Fernkabel 27 Frankfurt-Wiesbaden-Mainz ausgelegt. Über dieses Kabel verlief dann der am 24. Juli 1927 eröffnete neue Schnellverkehr vom Fernamt des Wiesbadener Telegrafenamtes nach Frankfurt und den angeschlossenen Selbstanschlußämtern in Offenbach, Hanau und Höchst. Für die Wiesbadener Fernsprechteilnehmer war dies eine wesentliche Dienstverbesserung, denn sie meldeten nun ihre Gespräche unter der neu geschalteten Rufnummer 09 beim Schnellverkehrsamt an, das sie unmittelbar ohne Wartezeiten mit dem gewünschten Teilnehmer verband. In den neuen Schnellverkehrsdienst wurden im August 1927 Mainz und später auch noch andere Ortsnetze einbezogen. Bei der Einführung des Schnellverkehrs muß es in Wiesbaden schon Münzfernsprecher (vermutlich in Postämtern) gegeben haben, denn in der Pressemitteilung wurde damals darauf hingewiesen, daß auch die Münzfernsprecher am Schnellverkehr teilnehmen können. Die ersten Fernsprechhäuschen in Wiesbaden wurden dagegen erst im Jahre 1931 aufgestellt, das erste Häuschen dieser Art an der Ringkirche, auf der Alleeseite der Rheinstraße.

Wiesbaden erprobt den Fernsprech-Kundendienst (KD)

Wiesbadens Fernsprechteilnehmer gehörten zu den ersten, denen die Reichspost am 1. Oktober 1931 die betriebliche Neuerung des Fernsprech-Kundendienstes bescherte. Dieser Kundendienst, aus dem sich später der Fernsprech-Auftragsdienst entwickelte, sollte zunächst in den Städten Berlin, Hamburg, Köln und hier in Wiesbaden erprobt werden. Folgende Möglichkeiten wurden dem Fernsprechkunden unter anderem angeboten:

Ein Teilnehmer kann die KD-Stelle beauftragen, bestimmten Fernsprechteilnehmern eine Nachricht durch Fernsprecher auch nach anderen Ortsnetzen zu übermitteln oder die Rufnummern, Namen und Mitteilungen etwaiger Anrufer aufzuzeichnen und sie durch Fernsprecher, Telegramm oder Brief zu übermitteln. Der Kundendienst nahm unter gewissen Einschränkungen auch Aufträge von öffentlichen Fernsprechern entgegen. Erstaunlich gering waren die Aufwendungen in Höhe von 219,98 Mark, die damals zur versuchsweisen Einführung des Fernsprech-Kundendienstes in Wiesbaden notwendig waren.

Seniorenbeirat Telekom
Die Zeit während des Zweiten Weltkriegs ^{8/21}

Zwei Jahre vor dem Ende des Krieges bekam das Telegrafengebäude Wiesbaden unverhofft einen großen Gebietszuwachs. Anfang 1943 löste nämlich das Reichspostministerium das Telegrafengebäude Mainz auf und wies dessen ganzen Bereich dem Telegrafengebäude Wiesbaden zu. Dieser Zuwachs sollte jedoch nicht von langer Dauer sein. Je mehr sich der Krieg dem Ende zuneigte, desto häufiger und intensiver wurden die Bombenangriffe, die immer größere Zerstörungen im Kabelnetz und bei den Fernmeldeeinrichtungen anrichteten. Fernämter außerhalb Wiesbadens fielen zunehmend aus, unter anderem auch dadurch, daß Kabelstörungen nicht mehr mit der notwendigen Schnelligkeit behoben werden konnten. Die Bautrupps hätten die zehnfache Stärke haben müssen, um mit der Beseitigung der Kriegsschäden einigermaßen auf dem laufenden zu bleiben. Tüchtige Kabellöter wurden zudem zu Hilfslötertrupps für Fernkabel zusammengestellt und in anderen Reichspostdirektions-Bezirken eingesetzt. Im Fernamt Wiesbaden kam es durch die Massenstörungen sowie durch die täglichen mehrstündigen Fliegeralarme zu gewaltigen Stockungen in der Gesprächsabwicklung. An die Belastbarkeit des Betriebspersonals wurden damals durch die trostlosen Zustände fast unmenschliche Anforderungen gestellt. Von den vielen Zerstörungen sollen hier nur einige erwähnt werden. Vier Monate vor Einstellung der Kampfhandlungen wurde die dem Fernsprechamt Wiesbaden (das Telegrafengebäude war bereits im Jahre 1937 in Fernsprechamt umbenannt worden) unterstellte Vermittlungsstelle Wiesbaden-Biebrich bei einem Tagesangriff völlig ausgebombt. Es gelang, etwas mehr als 150 der wichtigsten Anschlüsse auf die Vermittlungsstelle Wiesbaden in der Rheinstraße 23/25 umzuschalten, die die Bombenangriffe unversehrt überstanden hatte. Im Gegensatz dazu wurden die beiden Mainzer Vermittlungsstellen völlig zerstört.

Als im März 1945 der Ortsverkehr in Wiesbaden durch die Beschädigung fast aller Hauptkabel und durch einen Wassereinbruch im Hauptverteilterraum bis auf wenige Anschlüsse zum Erliegen kam, der Fern- und Schnellverkehr durch die Zerstörung der Fernkabel ebenfalls unmöglich war und das Personal wegen des dauernden Beschusses der Stadt nicht mehr zum Dienst kommen konnte, wurde das Fernsprechamt am 24. März 1945 geschlossen und nach Bad Soden-Allendorf verlagert. Zuvor hatte schon das Telegrafengebäude seinen Ausweichort Großalmerode erreicht.

Der kommissarische Leiter des Fernsprechamtes, Postamtmannt Sinz, gelangte unter vielen Schwierigkeiten mit einigen Amtsangehörigen an das Ziel, wo er sich sofort mit dem ausgelagerten Telegrafengebäude und dem sich ebenfalls in der Nähe befindlichen Postamt Wiesbaden in Verbindung setzte. Man half sich gegenseitig und mußte sich dann gemeinsam wegen der zügig voranmarschierenden Truppen der Alliierten auf eine abenteuerliche Flucht begeben. Ständig nach einem geeigneten Ausweichort zur Fortführung der Dienstgeschäfte Ausschau haltend, führte die Fahrt über Naumburg/Saale, Hof, Wunsiedel, Weiden in der Oberpfalz, Regensburg, Mosham und Landshut nach Wasserburg. Als bei einem Tieffliegerangriff die Kraftomnibusse und damit die gesamte persönliche und dienstliche Habe verloren gingen, trennten sich die Kollegen, um einzeln oder in Gruppen Wiesbaden wieder zu erreichen. Als die Ersten im Juli 1945 in ihre Heimatstadt ankamen, hatten die Amerikaner die Stadt schon lange vorher am 28. März besetzt und eine Militärregierung eingerichtet.

Der neue Anfang

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches begannen die Deutschen die Trümmer aufzuräumen. Die Siegermächte teilten den staatlichen Torso auf. Die politische Neuordnung war eine der wichtigsten Aufgaben. Das Personal des Post- und Fernmeldewesens wurde zu diesem Zweck gesiebt, gesichtet, entnazifiziert und durch die ersten Heimkehrer verstärkt. Bald zeigte sich, daß eine moderne Verwaltung (auch eine militärische) ohne das Fernmeldewesen nicht denkbar war. Hatte man zunächst von Sprengungen und Demontage gesprochen, so stellte sich bald heraus, daß

diese Gedankengut wieder vergessen werden mußte. Hier sei noch ein kurzer Rückblick auf den sogenannten Endkampf gestattet. Nur im Einzelfall ist sicher bekannt, wie viele Befehle zur Zerstörung von postalischen und fernmeldetechnischen Anlagen von den Post- und Fernmeldebeamten nicht beachtet wurden. All den vielen Unbekannten sei hiermit gedankt, da ihre Handlungsweise oft die Grundlage für einen raschen Wiederaufbau des Post- und Fernmeldewesens nach dem Zusammenbruch war. Das Fernmeldewesen in Wiesbaden wurde zunächst durch die amerikanische Besatzungsmacht vollkommen in Beschlag genommen. Der Dienst ruhte bis zum August 1945. Die Beschlagnahme geschah durch die Besetzung der Gebäude in der Rheinstraße 23/25 und durch das Ziehen von Stacheldraht in der unteren Luisenstraße, so daß ein Befahren der Straße zwischen der Bahnhofstraße und Wilhelmstraße nicht mehr möglich war. Das Interesse der US-Besatzungsmacht entstand aus der politischen und militärischen Entscheidung, in Wiesbaden die Militärverwaltung und das Hauptquartier der amerikanischen Luftwaffe einzurichten. Darüber hinaus wurde Wiesbaden später zum Sitz der Hessischen Landesregierung bestimmt. Diese Entscheidungen sowie der rasche Wiederaufbau und der beginnende Wirtschaftsaufschwung Anfang der 50er Jahre führten zu besonderen Anforderungen an das Fernmeldewesen in Wiesbaden, auch im organisatorischen Bereich.

In Wiesbaden bestand für das Stadtgebiet ein Fernsprechamt, das später im Jahre 1952 in Fernmeldeamt umbenannt wurde. Es wurde in den Jahren 1945 bis 1947 von Obertelegraphen-Inspektor Schäffer, der 1947 nach Frankfurt (M) versetzt wurde, und 1947 bis 1954 von Postrat Hartmann, der kurz vor seiner Pensionierung verstarb, geleitet. Den linientechnischen Bereich hingegen betreute das Telegrafengebäudeamt, das die Fernmeldedienststellen Gießen, Wetzlar, Dillenburg und Marburg umfaßte. Eine genaue Trennung von technischen Aufgaben bezüglich der Betreuung der Selbstanschlußämter und Kabelanlagen gab es nicht. So waren Selbstanschlußämter, die nicht gleichzeitig an ihrem Standort ein handvermitteltes Fernamt hatten, in der technischen Betreuung dem Telegrafengebäudeamt unterstellt, das ebenfalls 1952 in Fernmeldebauamt unbenannt wurde.

Nachdem absehbar war, daß die großen Aufgaben und Anforderungen an das Fernmeldeamt mit Vereinigten Ämtern besser bewältigt werden konnten, stand auch in Wiesbaden die Bildung eines Vereinigten Fernmeldeamtes der Grundform an. Die damaligen Vorstellungen führten jedoch im Falle Wiesbadens zunächst zu unruhigen Zeiten für das Personal. Mit der Bildung eines Fernmeldeamtes in Gießen sollte dessen Amtsbereich gebietsmäßig an den Bereich der künftig zu schaffenden Hauptvermittlungsstelle angepaßt werden, was fast die volle Verlegung des Fernmeldeamtes Wiesbaden nach Gießen mit allen personellen Folgen bedeutet hätte. Aber auch über dem Fernmeldeamt zogen dunkle Wolken auf, da es nach damaliger Vorstellung angeblich möglich gewesen wäre, Wiesbaden verwaltungsmäßig von Darmstadt aus zu betreuen, so daß in Wiesbaden lediglich eine Fernmeldedienststelle verblieben wäre. Alle Beteiligten, das Personal, die Betriebsräte und nicht zuletzt die für die Verwaltung zuständigen Beamten sahen sich einer äußerst schwierigen Situation gegenüber, wobei noch zu bedenken ist, daß damals keine genaue Vorstellung über das künftige Wachstum des Fernmeldewesens vorhanden war. In dieser Stunde hatte das Fernmeldewesen im damaligen Leiter des Fernmeldebauamtes, Postrat Dipl.-Ing. Kurt Weitzel, der später als ehemaliger Abteilungsleiter und Vizepräsident der Oberpostdirektion Frankfurt in Wiesbaden seinen Ruhestand verlebte, den richtigen Mann zur richtigen Zeit. Seiner Tatkraft, seiner Umsicht und seiner Fähigkeit zu verhandeln und zu überzeugen, verdankt das Fernmeldeamt Wiesbaden, welches aus dem Fernmeldebauamt und dem alten Fernmeldeamt hervorging, am 1. Mai 1955 seinen Neubeginn. Nur wenige Bedienstete des aufzulösenden Fernmeldebauamtes in Wiesbaden mußten ihren Dienst- und Wohnsitz nach Gießen verlegen. Andere konnten nach einer Übergangszeit von Gießen nach Wiesbaden zurückkehren. Die vom Personal zu tragenden Lasten, die in der Nachkriegszeit sehr schwer wogen, konnten dadurch auf ein erträgliches Maß gemindert werden.

Die ersten Jahre nach dem Zusammenbruch sind eng verknüpft mit der Einführung des Selbstwählferndienstes (SWFD). Der Gebäudekomplex in der Rheinstraße 23/25 mit dem Sitz des damaligen Hauptpostamtes und Fernsprechamtes blieb unversehrt erhalten. An technischer Substanz war damit die Vermittlungsstelle 2, das handvermittelte Fernamt und der Telegrafendienst vorhanden. Zudem erhielt Wiesbaden durch die amerikanische Besatzungsmacht mit dem Aufbau von C-Carrier (Trägerfrequenz-Systeme) eine Verstärkerstelle, die der Ursprung für den weiteren Ausbau des Fernleitungsnetzes in Wiesbaden war. Die Fernkabelversorgung von Wiesbaden stützte sich hauptsächlich auf Kabelverbindungen Frankfurt-Mainz ab. Die ergab sich aus den damaligen wirtschaftlichen Überlegungen und linientechnischen Voraussetzungen. Folglich betrieb Wiesbaden ein End-Fernamt und Mainz ein Durchgangs-Fernamt. Nach diesem Konzept konnte auf eine Verstärkerstelle in Wiesbaden verzichtet werden, da Wiesbaden über StICKKabel zu versorgen war. Erst die spätere Entwicklung in den Jahren 1954 bis 1976 führte zu einer anderen Planung, die den fernmeldemäßigen Erfordernissen der neuen Entwicklung im Wiesbadener Raum unmittelbar Rechnung trug. Alle Bemühungen von der ersten Stunde an waren stets darauf ausgerichtet, den Ansprüchen des gesamten Aufschwungs und vor allem der großen Umstrukturierung im Wiesbadener Raum genügend Rechnung zu tragen. Dies geschah zunächst unter dem Stichwort Mangel: Mangel an Gebäuden, an geeigneten Räumen, an Geld und genügender technischer Produktion (wenn es mal nicht an Geld gefehlt hatte) und nicht zuletzt auch an Mangel an Personal in allen Bereichen. Der Fernmeldedienst drohte Anfang der 50er Jahre aus allen Nähten zu platzen. Es gab lange Wartezeiten. Zunächst waren in dieser Situation die Damen vom Fernamt (Fräulein vom Amt) der rettende Anker. Sie wurden technisch unterstützt durch die Einrichtung von Fernwahlleitungen, so daß sie den wachsenden Massenverkehr im Nahbereich immer mehr durch eigene Wahl in die einzelnen Ortsbereiche sofort selbst abwickeln konnten. Mit diesen Maßnahmen wurden gleichzeitig Voraussetzungen für den Selbstwählferndienst geschaffen. Ohne ein genügend ausgebautes Leitungsnetz für den zu erwartenden ungehemmten Sofortverkehr mit entsprechenden Zuwächsen war die Einführung des Selbstwählferndienstes nämlich nicht möglich. Das Fernmeldeamt Wiesbaden bestand damals aus dem eigentlichen Fernamt (46 Plätze), das den Fernverkehr in abgehender und ankommender Richtung vermittelte, einem Vorschaltplatz für die Vermittlungsstelle 2, einer Auskunft (2 Plätze), einer Dienstvermittlung (1 Platz) und dem Schnellamt (16 Plätze). Das Schnellamt vermittelte den regionalen Verkehr in einem Bereich, der sich etwa mit dem Knotenvermittlungsstellenbereich 612 des Jahres 1976 deckt. Hinzu kamen noch die Rheingauorte Oestrich, Geisenheim, Rüdesheim und Lorch, die später an die Knotenvermittlungsstelle Bingen unter der Kennzahl 672 angeschlossen wurden. Die von den Amerikanern beschlagnahmten Einrichtungen, zu denen das Fernamt gehörte, wurden erst allmählich wieder den Deutschen übergeben. Das Fernamt erhielt kurz nach dem Kriege neue Fernplätze F 36 st (st = steckbar), was auf die damalige Wehrmacht hinweist. Die vorhandenen Plätze genügten nicht und wurden daher durch Fk 16 ergänzt, wobei „Fk“ für Feld-Klappen-Schrank steht. 15 Fernplätze, als Trunks bezeichnet, dienten in den ersten Nachkriegsjahren der US-Besatzungsmacht. An diesen Fernplätzen arbeitete man folglich nur in englischer Sprache.

Die Durchgriffsmöglichkeit der Besatzungsmacht wirkte sich nachteilig für das Fernmeldewesen in Wiesbaden aus. In der Vermittlungsstelle 2 wurden zusätzlich 2000 Anschlußmöglichkeiten herausgetrennt und für die Besatzungsmacht als B-Classe-Teilnehmer erklärt. Die verbleibenden 8000 Anschlüsse mußten zunächst für Wiesbaden genügen, zumal auch die Vermittlungsstelle Wiesbaden-Biebrich zum Ende des Krieges durch Bomben zerstört worden war. Durch die Sprengung der Rheinbrücke Mainz-Kastel war die Fernmeldeversorgung der Vororte Kostheim, Kastel und Amöneburg gestört. Eine erste Anordnung am 15. September 1945 führte zur Inbetriebnahme einer Leitung im Dezember 1945 zwischen Kastel und Wiesbaden. Sie endete auf einem Zehner-Glühlampenschrank. Ein solcher Glühlampenschrank wurde auch in Wiesbaden-

Biebrich eingerichtet, bis die alte Vermittlungsstelle im Jahre 1947 wieder instandgesetzt war. Bereits im Jahre 1952 gelang es, eine neue zusätzliche Vermittlungsstelle mit 1800 Anschlußmöglichkeiten in der Rheinstraße 23/25 als Vermittlungsstelle 9 einzurichten. Sie bestand aus dem System 50 und wurde bereits im Herbst 1955 wieder abgebaut, da die Ziffer 9 für den immer stärker werdenden Städteverkehr, auch Massenverkehr genannt, dringend benötigt wurde. Die technischen Einrichtungen wurden in der späteren Vermittlungsstelle Wiesbaden 7 am Hainerberg erneut eingesetzt. Außerdem wurde der Raum der Vermittlungsstelle 9 für Einrichtungen des Selbstwählferndienstes dringend benötigt.

Die hier angesprochenen Vorgänge hängen unmittelbar mit der Entwicklung des Fernamtes zusammen. Mehr Anschlußmöglichkeiten bedeuteten mehr Verkehr, wobei die Anschlußmöglichkeiten im Verhältnis zu den 1970er Jahren klein waren. Die einzelnen Anschlußeinheiten wurden sehr intensiv genutzt, so daß der Verkehrszuwachs pro eingerichtetem Anschluß wesentlich größer als vergangener Tage war. Mehr Verkehr bedeutete mehr Personal oder mehr Technik, die (was den Selbstwählferndienst betraf) noch in der Entwicklung war, und vor allem mehr Leitungen und dafür mehr Investitionen in der Linientechnik. Die Kabelanlagen, Kabelkanäle, Netzausläufer und die Fernkabel mußten alle koordiniert ausgebaut, aber auch finanziert werden. Sie verschlangen 66 % der Gesamtinvestitionen pro Anschluß. Es genügte also nicht, das eine zu tun und das andere zu lassen.

Die Wartezeiten waren groß. Um zum Beispiel ein Gespräch von Wiesbaden nach Hamburg oder Düsseldorf zu erhalten, mußte ein Teilnehmer je nach Tageszeit mit Stunden rechnen. Erst mit dem Ausbau des Fernleitungsnetzes und der Verstärkerstellen gelang es, den Weitverkehr besser abzuwickeln.

Das Fernamt mußte durch den Städteverkehr schon vorher entlastet werden. Der Verkehr von Wiesbaden nach Frankfurt floß eine zeitlang nur über 68 Leitungen, obwohl für einen reibungslosen Selbstwählfernverkehr 112 Leitungen nötig gewesen wären. Dies ist ein Beispiel, das festhalten soll, wie es damals war. In den Fernämtern wurde hart gearbeitet. Das Letzte wurde versucht, um den Sofortverkehr (direkte Bedienung bei Anruf) in Gang zu setzen. Mit Drängezeichen und Anzeigeinstrumenten versuchte man, das Fräulein vom Amt noch näher an den Teilnehmer, der am längsten wartete, heranzuführen. Die Verkehrsbeobachtung wurde als Kontrolle der Arbeitsweise der Fernamtsbeamtinnen (intensiv) gehandhabt.

Der technische Weg ab 1950 in die 70er Jahre

Es ist ersichtlich, daß bei einer stetigen Verkehrszunahme, die mit dem allmählich beginnenden Ausbau der Vermittlungsstellen Wiesbaden 2, Wiesbaden 6, Neueinrichtung der Wiesbaden 4 (1953/54) und Wiesbaden 7 (1954/55) einherging, die Anforderungen an den Fernverkehr immer größer wurden. Das Fernamt sollte wegen der damit verbundenen personellen Auswirkungen und auch wegen der engen räumlichen Verhältnisse nicht weiter ausgebaut werden. Vielmehr sollte der Raum des Fernamtes so schrumpfen, daß die Technik als Ersatz in den frei werdenden Raum hineinwachsen konnte. Mit den nachfolgend beschriebenen Maßnahmen wurde dieser Entwicklung in der Zeit von 1950 bis 1962 Rechnung getragen. Zuerst wurden vorläufige Selbstwählferndienstbeziehungen in der Netzgruppentechnik (Gassentechnik) für den abgehenden Selbstwählferndienst für das Ortsnetz Wiesbaden in Richtung Frankfurt/Main, Mainz, Darmstadt, Rüdelsheim, Oestrich, Bad Schwalbach, Aarbergen, Taunusstein, Idstein, Niedernhausen und Schlagenbad über den Gruppenschritt 0 mit 2- und 3-stelligen Kennzahlen eingerichtet. Damit konnte zunächst das Schnellamt und im Nahverkehrsbereich das Fernamt entlastet und deren Fernverkehrsabwicklung als Folge beschleunigt werden. Das System funktionierte, erforderte jedoch eine große Geduld der Benutzer, da die damals zur Verfügung stehenden Leitungskapazitäten nicht ausreichten

und die noch bestehenden Freileitungen sehr störungsanfällig waren. Der Einsatz von Trägerfrequenzsystemen (selbst über Freileitungen) z.B. nach Aarbergen, Bad Schwalbach und anderen Orten wurde erforderlich.

Später wurde die Knotenvermittlungsstelle in der neu entwickelten Technik 52 mit Umsteuer-Wähler I und II bei einer gleichzeitigen Aufhebung der Netzgruppentechnik unter Umstellung der Kennzahlen auf die heute gültigen Ortsnetzkennzahlen (Ortsnetz Wiesbaden nach Ortsnetz Frankfurt z.B. von 03 auf 06121, ab 06.09.1990 auf 0611) aufgebaut. Gleichzeitig wurden neue Fernverbindungen über Trägerfrequenzeinrichtungen zu zahlreichen Städten im Bundesgebiet vorbereitet.

Der übernommene Städteverkehr der alten Netzgruppentechnik nahm aber solche Ausmaße an, daß die neu aufgebauten technischen Einrichtungen bald voll ausgelastet waren. Aus diesem Grunde wurde eine Bezirksknotenvermittlungsstelle mit der Kennziffer 9 zur Entlastung der Knotenvermittlungsstelle (Technik 52) aufgebaut, um den Massenverkehr von dem Ortsnetz Wiesbaden nach den Ortsnetzen Frankfurt (M), Mainz und Kastel aus dem Verkehrsweg über die Ziffer 0 herauszunehmen. Die Bezirksknotenvermittlungsstelle wurde anschließend noch für die Verkehrsbeziehungen nach den Ortsnetzen Rüdesheim und Oestrich erweitert. Das Ziel aller Anstrengungen war in der Folgezeit, den Knotenvermittlungsstellenbereich Wiesbaden in seiner heutigen Ausdehnung voll in den Selbstwählferndienst zu überführen, das Fernamt weiter zu entlasten und dann das Schnellamt aufzuheben. Dies geschah zunächst durch den Aufbau einer Gruppe in der 4-Draht-Technik mit Richtungswähler 54. Die Knotenvermittlungsstelle Wiesbaden begann nun in die Räume des Fernamtes/Schnellamtes mit dem Aufbau des Fernwahlsystems Technik 62 hineinzuwachsen. Damit sah auch das Fernamt die Stunde der vollen Still-Legung auf sich zukommen.

Beim Übergang zur Automatisierung wurden stets Arbeitskräfte freigesetzt. Es bleibt aber festzuhalten, daß keine Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter das Fernmeldeamt verlassen mußte. Die technische und personalwirtschaftliche Planung verlief stets zu Gunsten des betroffenen Personals.

Mit der Aufhebung des Fernamtes Wiesbaden am 18. Januar 1965 verschwand das liebenswerte Fräulein vom Amt, das in den hektischen 50er Jahren mit großem Einsatz unter stets steigenden Anforderungen und technischen Mangelzuständen vermittelnd seinen Dienst versah. Aber noch war das Fräulein vom Amt nicht wegzudenken, denn es wurde von nun an im Fernsprech-Auskunftsdienst benötigt und zwar in einem Umfang, der vorher nicht absehbar war. Hatte man vorher zwei Damen für die Auskunft benötigt, so waren es nach der Vollautomatisierung bald zwanzig und mehr im Tagesdienst. Zwei Gründe gab es dafür. Der Kunde benötigte Informationen, weil die Automatisierung ihn vor Probleme stellte und weil die rasche Zunahme von Fernsprechanschlüssen viele Anschlußbereichsteilungen mit Rufnummeränderungen erforderlich machte.

Seit der Einführung des Fernwahlsystems T 62 in Wiesbaden in den Jahren 1961/62 konnte die Knotenvermittlungsstelle stets gleichlaufend mit den Verstärkerstellen und den notwendigen linientechnischen Bauvorhaben ausgebaut werden. Verkehrsengpässe waren nicht mehr zu verzeichnen. In der Rheinstraße 23/25 mußten ehemalige Speicherräume, Flure und auch Sanitärräume zweckentfremdet werden, um die erforderlichen technischen Einrichtungen aufbauen zu können. In dieser Not gelang es, einen modernen Zweckbau in günstiger Lage zum Kabelnetz „Unter den Eichen“ zu errichten, nachdem mit Hilfe des Magistrats der Stadt Wiesbaden der Erwerb des notwendigen Grundstücks ermöglicht wurde.

Vom Planungsbeginn im Jahre 1958 dauerte es bis zum Jahre 1969, um den Hochbau und alle zugehörigen Baumaßnahmen im Liniennetz zu verwirklichen. In den Folgejahren verlegte man die Knotenvermittlungsstelle Wiesbaden in das neue vollklimatisierte und allen Anforderungen

moderner und künftiger Technik entsprechende Betriebsgebäude, das mit einem neuen Anbau für die 80er Jahre erweitert wurde; Richtfest war 1978. All die vielen Umschaltungen verliefen unter vollem Betrieb vom Kunden unbemerkt und stellten eine hervorragende Leistung unserer Mitarbeiter in Betrieb, Planung, Organisation und Bauausführung in der Vermittlungs- und Linientechnik dar.

Wenn es so schwierig war, wie zuvor geschildert wurde, den rasch steigenden Fernverkehr bei gleichzeitiger Entwicklung neuer Techniken zu automatisieren und dabei Personalvermehrungen in Grenzen zu halten, so muß auch die Entwicklung im Bereich der Ortsvermittlungsstellen rasant verlaufen sein. Zahlen für Wiesbaden sollen das kurz belegen. Der Verlauf im übrigen Amtsbereich war ähnlich, teilweise sogar noch progressiver. Hier ist an den Raum Rüsselsheim zu denken und an den Aufschwung des Wiesbadener Umlandes. Das Fernmeldewesen konnte diesen Entwicklungen immer Rechnung tragen.

Für die Zahlen des gesamten Fernmeldeamtsbereichs wurde der Bezug 1950 weggelassen, da das Fernmeldeamt erst mit 1960 eine Vergleichsgrundlage hat. Wie bereits dargestellt, ist das Fernmeldeamt erst in den 50er Jahren in seinen heutigen Grenzen entstanden; einmal durch die Zusammenlegung des Fernsprech- und Fernmeldebauamtes Wiesbaden und später mit der Übernahme der Ortsnetze Rüsselsheim, Flörsheim, Trebur, Bischofsheim und Hochheim.

Die Entwicklungszahlen für das Ortsnetz Wiesbaden:

Jahr	1950	1960	1970	1976
Hauptanschlüsse	9 824	25 196	61 124	80 940
Vermittlungsstellen	2	4	11	12

und für den gesamten Fernmeldeamtsbereich:

Jahr	1950	1960	1970	1976
Hauptanschlüsse	- - -	34 164	98 427	161 000
Vermittlungsstellen	- - -	23	35	45

Die Zahlen für das Ortsnetz Wiesbaden und den Fernmeldeamtsbereich zeigen, daß das Fernmeldewesen gleichlaufend mit der Wirtschaftsentwicklung seinen am Bedarf orientierten Ausbau vornahm. Beträge der Nettozugang an Hauptanschlüssen beispielsweise 1968 noch 5588 Hauptanschlüsse, so steigerte er sich 1969 bereits auf 14931 und in den Folgejahren entsprechend dem Konjunkturverlauf auf 13380, 13091, 10141 und im Jahre 1973 noch auf 11118 Hauptanschlüsse. Aber 1974 und 1975 ging der Nettozugang auf 8740 und 6394 Hauptanschlüsse zurück.

Das gleiche Zahlenspiel ließe sich anhand des Fernsprechverkehrs darstellen. Hier gehen einerseits die Zahl der Hauptanschlüsse als Verkehrsquelle und andererseits die Benutzungshäufigkeit der einzelnen Anschlüsse ein. Industrie, Handel, Gewerbe und Verwaltungen bringen auf Durchwahlleitungen aus ihren Nebenstellenanlagen einen großen Teil des Fernsprechverkehrs während der Tageszeit. Es bedurfte in den 50er Jahren vergleichsweise nur geringer Investitionen, um die Verkehrsquellen für diese Verkehrsträger zu erschließen. Die Versorgung der privaten Haushalte in ihrer ganzen Breite bedarf daher heute vergleichsweise großer Investitionen bezogen auf den zu erwartenden Gewinn.

Die 60er Jahre waren von dem Ausbau der Ortsnetze in der Linien- und Vermittlungstechnik geprägt. Die umfangreichen Rufnummernänderungen werden den Teilnehmern noch lange in Erinnerung geblieben sein. Ermöglicht wurde der Ausbau der Ortsnetze durch intensive Planung in der Linien- und Vermittlungstechnik, aber auch durch überlegte personalwirtschaftliche Maßnahmen und nicht zuletzt durch die verantwortungsvolle Mitarbeit aller in den

Voraussetzung hierfür war auch die Entwicklung von typisierten und genormten Gebäuden für die Ortsvermittlungsstellen, die in Fertigbauweise vor Ort montiert wurden. Nur auf dieser Grundlage konnte, wenn die oft sehr, sehr schwierige Grundstücksbeschaffung durchgeführt war, die Nachfrage nach Fernsprechan schlüssen möglichst ohne Wartezeit befriedigt werden. Ausnahmen bildeten Vermittlungsstellen in historischen Stadtlagen, wie z. B. die Ortsvermittlungsstelle 52 (1977) in der Wiesbadener Taunusstraße und die in der Eltviller Altstadt gelegene Vermittlungsstelle (1982). Hier hat der Denkmalschützer mit geplant und die Außenfassade den benachbarten Gebäuden anpassen lassen.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß das Fernmeldeamt Wiesbaden neben einem gute ausgebauten Bezirkskabelnetz mit weitgehender Zweiwegeführung inzwischen auch in das Fernverbindungskabelnetz direkt integriert wurde und darüber hinaus über Richtfunk einen Zweitweg in alle wichtigen Richtungen besitzt.

Im Jahre 1975 erhielt das Fernmeldeamt Wiesbaden nach langjährigen Anstrengungen und nach eingehenden technischen und wirtschaftlichen Untersuchungen vom Bundespostministerium grünes Licht für den Aufbau einer Knotenvermittlungsstelle in Rüsselsheim, obwohl die Landesregierung von Rheinland Pfalz über Jahre versucht hat, diese nach Mainz zu holen. Die Knotenvermittlungsstelle geht 1981 in Betrieb und versorgt die Ortsnetze Rüsselsheim, Flörsheim, Bischofsheim, Hochheim und Trebur. Der Fernmeldeschwerpunkt Rüsselsheim erhält die bis dahin in Mainz geschaltete Kennzahl 614.

Erwähnt sei am Rande, daß auch in Rüsselsheim sehr früh das Telegrafewesen Einzug hielt. Im Jahre 1978 konnte mit einer Festveranstaltung und Ausstellung „100 Jahre Telegrafie in Rüsselsheim“ dieses Ereignis gewürdigt werden. Hierzu Auszüge aus einer Pressemitteilung:

„Vor hundert Jahren, im März 1878, wurde in Rüsselsheim die am 15. Februar 1878 eingerichtete Postexpedition in ein Postamt III. Klasse umgewandelt und die erste Telegrafestation eingerichtet. Es war das Jahr in dem der Postexpeditor und Postverwalter Neeb, der von 1863 bis 1878 Amtsvorsteher des Postamtes war, vom Postverwalter Heinrichs, der das Amt bis 1914 leitete, abgelöst wurde, und das Personal aus einem Landbriefträger und einem Privatbediensteten bestand.

Zu einer der ersten Telegrafienlinien gehörte die Verbindung von Frankfurt am Main nach Mainz, die der Stadt Rüsselsheim am 15. März 1878 den ersten Telegrafen brachte. Das deutsche Kabelnetz bestand wenige Jahre später (1891) bereits aus 5961 km Linie mit 40329 km Leitung und 1928 waren es bereits 8500 km Kabel mit 1600000 km Leitung.

Als Entgelt für ihre Leistungen erhob die Telegrafverwaltung 1876 eine Grundgebühr von 20 Pf und für jedes Wort 5 Pf. Ab 1. Juli 1876 fiel die Grundgebühr weg und die Wortgebühr wurde bis zum 31. Januar 1891 auf 6 Pf angehoben, um dann wieder auf 5 Pf gesenkt zu werden. Interessant ist auch das Widerspiegeln der Inflationszeit in den Telegrafengebühren.

Datum	Grundgebühr in Mark	Wortgebühr in Mark
01.10.1919	0,00	0,10
01.10.1920	0,00	5,00
01.08.1923	1 600,00	800,00
01.10.1923	6 000 000,00	3 000 000,00

01.11.1923	12 000 000 000,00	6 000 000 000,00
05.11.1923	0,00	0,10

Die Arbeitsbedingungen waren in jenen Tagen auch bei der Post sehr hart und das Privatleben kam sehr oft zu kurz. So weiß ein pensionierter Postbeamter vom Anfang des letzten Jahrhunderts zu berichten, daß er als gelernter Spengler 1911 in den Postdienst eingestellt wurde, um Schäden an den Dächern von Häusern zu beseitigen, die durch Eindringen von Wasser und Rost an den Halterungen der dort befestigten Telegrafentürme verursacht wurde. Nach einer späteren kurzen Ausbildung im Fernmeldebaudienst kam er 1925 nach Rüsselsheim. Der Arbeitstag, der um 7 Uhr begann, endete um 18 Uhr. War die Tagesarbeit aber noch nicht erfüllt, wurde es sehr oft 20 Uhr.

Nach dem Wahlspruch des damaligen Postamtsleiters Kremmler, „Erst die Post, dann das Telefon“, mußte der Kollege erst die Post austragen, um dann erst die Schäden, die an „seinen“ Leitungen entlang der Bahnlinie entstanden waren, zu beseitigen. Mit der Zeit nahm die Arbeit für den Briefzusteller und Entstörer derart zu, daß er nur noch mit List auf seine Überlastung aufmerksam machen konnte.

An einem Morgen, die Batterieversorgung der Telegrafenanlage im Bereich Rüsselsheim zeigte Mängel an, die auf einen baldigen Ausfall und somit auf ein Erliegen des Telegrafendienstes schließen ließ, nahm der Beamte schnell seine Post und ging auf seine Tour. Damit er nicht gleich zur Störungsbeseitigung gefunden werden konnte, änderte er seine tägliche Route. Es kam, wie er es vorausgesehen hatte, der Postamtsleiter ließ ihn suchen und ausrichten, daß die Zustellung sofort abubrechen sei und eine Störung der Telegrafenanlage beseitigt werden muß. Der Zusteller ließ sich aber nicht von seinem Zustellgang abhalten. Er marschierte weiter und ließ seinem Chef ausrichten, daß er nach dem bisher gültigen Wahlspruch, „Erst die Post, dann das Telefon“, handle. Somit war die Störung erst am späten Nachmittag beseitigt. Die eingegangenen Beschwerden führten dazu, daß der bisherige unhaltbare Zustand beseitigt wurde und von nun an Rüsselsheim einen besonderen Entstörer hatte.“

Nach den Abschweifungen in die frühere Telegrafie und das Leben eines Rüsselsheimers Entstörers nun wieder zurück zu den laufenden Ereignissen.

Durch eine weitere Entscheidung des Bundespostministeriums im Jahre 1975 wird der fernmeldemäßige Schwerpunkt Wiesbaden eine elektronische Datenvermittlungsstelle erhalten. Es sind zwei Einheiten mit je ca. 16000 Systemanschlüsse vorgesehen, die im neuen Anbau des Fernmeldedienstgebäudes im Carl-v.-Ibellweg aufgebaut werden. Beide Vermittlungsstellen werden Bestandteil eines „Integrierten Fernschreib- und Datennetzes“ sein. Wiesbaden wird für einen entsprechend großen Bereich zuständig sein. Die in Wiesbaden vorhandene Telex-Vermittlungsstelle wird mit der Inbetriebnahme der neuen Datenvermittlungsstelle (1986) aufgehoben. Anzumerken ist, daß das Fernmeldeamt Wiesbaden bei der Firma Opel am 5. August 1976 den 1000sten Telexanschluß im Amtsbereich in Betrieb nehmen konnte. Das Datennetz wartet mit hohen Zuwachsraten auf, sowohl an posteigenen Zusatzeinrichtungen für Daten als auch im öffentlichen Direktruf- und im öffentlichen Fernsprechnetz.

Die Versorgung der Fernsehteilnehmer mit dem 2. und 3. Programm über Fernsehsumsetzer ist weit vorangeschritten und spielt in unserem Amtsbereich beding durch die topographischen Verhältnisse eine große Rolle. In den letzten Tagen 1976 konnte ein neuer Fernsehsumsetzer zur Versorgung von Hohenstein im Aartal der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Damit sind inzwischen 30 Fernsehsumsetzer in Betrieb und versorgen die Bevölkerung mit immer mehr Programmen der Fernsehanstalten in besserer Güte. Der Versorgungsgrad der Wohnbevölkerung unseres Amtsbereiches mit dem 2. Programm liegt bei 98 % und mit dem 3. Programm bei etwa 96 %.

Daneben nimmt das Fernmeldeamt Wiesbaden wesentliche Aufgaben für das Zweite Deutsche Fernsehen war. In den Gebäuden der Sendezentrale „Unter den Eichen“ ist eine Funkübertragungsstelle des Fernmeldeamtes eingerichtet, in der sternförmig die von der Deutschen Bundespost betriebenen Zubringerleistungen zusammenlaufen. Bild- und Tonsignale werden hier an das Zweite Deutsche Fernsehen übergeben. Gleichermaßen übernimmt hier die Deutsche Bundespost das 2. Programm, das dann über das Fernseh-Verteilnetz den Fernseh-Grundnetzsendern zugeführt und von diesen und den Fernsehumsetzern ausgestrahlt wird.

UKW-Rheinfunk am Niederwald versorgt die Schiff-Fahrt auf dem Rhein mit Fernsprechverbindungen. Der öffentlich bewegliche Landfunk (öbL) verbindet die mit Fernsprechern ausgerüsteten Kraftfahrzeuge zu jeder Tages- und Nachtzeit mit dem öffentlichen Fernsprechnet.

Ein modern organisierter Entstörungsdienst ist täglich bemüht, einen guten Kundendienst zu bieten. Selbstverständlich gilt dies auch für die Dienste, die der Kunde nicht kennt, da sie dem innerbetrieblichen Bereich angehören wie die Instandsetzungsdienste in den Vermittlungsstellen, Fernsprech- und Fernschreibübertragungsstellen, Funkübertragsstellen, in den Stromversorgungs- und den maschinentechnischen Anlagen.

1976 feiert Wiesbaden den 100. Geburtstag seines Fernmeldeamtes. Unter der Vielzahl für das Fernmeldeamt bedeutsamer Ereignisse soll noch erwähnt werden, daß es den Bemühungen des Fernmeldeamtes unter der Leitung von OPDir. Dipl.-Ing. Werner Hufnagel (Amtsvorsteher von 1968 bis 1973) gelang, eine für das Fernmeldewesen wichtige Dienststelle, die „Zentrale Rückvergrößerungsstelle und Datenaufbereitung“ in Wiesbaden anzusiedeln. Sie versendet täglich an Dienststellen und Ämter des Fernmeldewesens im ganzen Bundesgebiet ca. 8 bis 10000 technische Zeichnungen und kommt somit im Jahr auf 1,8 Millionen Reproduktionen von Unterlagen, die auf Mikrofilmen gespeichert sind.

Nach Aufbau des neuen Notrufsystems 73 konnte der damalige hessische Innenminister Hans-Heinz Bielefeld am 9. September 1975 in einem Fernsprechhäuschen in Taunusstein den ersten Notrufmelder Hessens für münzfreien Notruf in Betrieb nehmen.

Statistische Zahlen 1976

Der Amtsbereich umfaßt die Ortsnetze Aarbergen, Bad Schwalbach, Bischofsheim, Eltville, Flörsheim, Hochheim, Idstein, Lorch, Mainz-Kastel, Niedernhausen, Oestrich-Winkel, Rüdesheim, Rüsselsheim, Schlangenbad, Taunusstein, Trebur, Wallau und Wiesbaden; die Amtsbereichsfläche beträgt 1086,66 qkm.

Technische Einrichtungen

45	Ortsvermittlungsstellen
2	Fernvermittlungsstellen
8	Telexvermittlungsstellen
13	Verstärkerstellen
4	Funkübertragungsstellen
30	Fernsehumsetzer
4 570	km Ortsanschlußkabel
855	km Fernverbindungskabel

Seniorenbeirat Telekom

17/21

157 572	Hauptanschlüsse
242 971	Sprechstellen
1 075	Telexanschlüsse
191	Datenübertragungseinrichtungen
1 130	Öffentliche Münzfernsprecher
127	öbL-Teilnehmer (Autotelefon)

Hauptanschlußdichte

27,3	Hauptanschlüsse pro 100 Einwohner
62,5	Hauptanschlüsse pro Haushalte

Verkehrszahlen 1975

2 279 904	Fernsprechauskünfte
40 646 869	Ferngespräche
90 303 355	Ortsgespräche
36 445	Telegramme
27 213 450	Telexgebühreneinheiten

Zur Verfügung stehende Finanzmittel 1976

10 170 000 DM	Betriebsausgaben ohne Personalkosten
32 500 000 DM	Neuinvestitionen für Vermittlungs-, Übertragungs- und Linientechnik

Beschäftigte beim Fernmeldeamt

840	Mitarbeiter, darunter 67 Ingenieure
445	Mitarbeiterinnen
68	Auszubildende

Der Weg in das 20. Jahrhundert

Mit Beginn des Jahres 1980 kann das Wiesbadener Fernmeldeamt feststellen, daß der Nahdienst in weiten Bereichen seines Bezirkes eingeführt ist. Im Nahbereich sind mehrere Ortsnetze zu einem einheitlichen Tarifgebiet zusammengeschlossen. Er wird wie folgt gebildet: Um den „Mittelpunkt“ eines jeden Ortsnetzes wird ein Kreis mit einem Radius von 20 km geschlagen. Jedes Ortsnetz, dessen Mittelpunkt in diesen Kreis fällt, gehört zu demselben Nahbereich. Unabhängig davon wird jedes unmittelbar angrenzende Ortsnetz in den Nahbereich einbezogen, auch dann, wenn dessen Mittelpunkt außerhalb des 20 km-Kreises liegen sollte. Der Nahbereich umfasst damit im Durchschnitt 18 Ortsnetze, die zu der niedrigsten Gesprächsgebühr erreichbar sind. Ein neues System ist eingeführt, das anfangs von ablehnenden Leserbriefen in Zeitungen, Protestveranstaltungen und öffentlichen, negativen Stellungnahmen begleitet war. Ähnlich verläuft auch die Einführung des Breitbandkabelnetzes (BK-Netz) für den Rundfunk- und Fernsehempfang. Während CDU/CSU-regierte Länder das Breitbandangebot unterstützen, wollen SPD-geführte Länder (wie Hessen) die Einführung verhindern, ja, sie verlangen sogar einen fernsehfreen Tag in

der Woche. So ist es von höchster Bedeutung, daß der Bürgermeister von Kiedrich (SPD) die Ausbaupläne des Fernmeldeamtes befürwortet und stolz darauf ist, daß seine Gemeinde als erste im Wiesbadener Fernmeldeamtsbereich verkabelt ist (Inbetriebnahme am 25.01.80); die häßlichen Dachantennen in seinem gotischen Weindorf können nun Zug um Zug verschwinden.

Mit Hauswurfsendungen, Informationsveranstaltungen, Kabelmobil, Kabelshelter und Kabeltruck wird für BK geworben und Antennenbauer werden mit der neuen Versorgungstechnik von Rundfunk und Fernsehen über Erdkabel der Post in vielen Seminaren informiert. Die Bemühungen zeigen Früchte. Nach Kiedrich folgen 1983 Niedernhausen, 1988 Oestrich, Geisenheim und Idstein, 1989 Michelbach und Flörsheim sowie 1990 Ransel. Der Bk-Ausbau wird zum Selbstläufer.

Mitte der 80er Jahre hält die digitale Vermittlungstechnik im Fernmeldeamtsbereich Einzug. Sie hat einerseits weitaus geringeren Platzbedarf erfordert aber andererseits Platz für die notwendige Klimatechnik. Die Ortsvermittlungsstelle 8 in Wiesbaden ist die größte digitale Vermittlungsstelle Hessens, die am 24. Juni 1987 ohne Probleme von Analog auf Digital umgeschaltet und in Betrieb genommen wird. Zug um Zug folgen die anderen Vermittlungsstellen. Einher geht die Entwicklung multifunktionaler Endgeräte, mit denen nicht nur telefoniert werden kann, sondern weitere Dienste in Anspruch genommen werden können. Mit dem begonnenen Einsatz digitaler Vermittlungssysteme ist die Voraussetzung für das digitale dienstintegrierte Fernmeldenetz, mit der internationalen Abkürzung ISDN, geschaffen. Über das neue ISDN kann von 1988 an die Abwicklung aller bestehenden und künftigen schmalbandigen Text-, Sprach- und Datendienste zwischen den Teilnehmern erfolgen. Für die Nachfrage nach breitbandigen Individualkommunikationsdiensten, wie Videokonferenzen, Bildfernsprechen, schneller Text- und Datenaustausch steht ein Glasfaser-Netz zur Verfügung

War es bisher üblich, auf Kunden zu warten, so ändert sich jetzt das Verhalten der Deutschen Bundespost. Werbung und Verkauf ist angesagt. Mit Ausstellungen und Ständen auf Messen bieten die Fernmelder ihre Produkte an, in Seminaren erfolgen Produktinformationen und mit Telefonläden im Citybereich wird näher an die Kunden herangerückt.

1981 eröffnet das Fernmeldeamt in der Langgasse in Wiesbaden seinen ersten Telefonladen, der 1990 in den Michelsberg umzieht. Weitere Läden folgen 1991 in Wiesbaden-Biebrich und im Stadtkern von Rüsselsheim. Die Telefonläden werden fester Bestandteil der Verkaufsphilosophie. Weniger Glück ist dem Service-Laden der Fernsprechentstörungsstelle gegenüber der neuen Hauptpost (die kurz nach der Jahrtausendwende abgerissen wird), am Kaiser-Friedrich-Ring gelegen, beschert. Er wird Ende 1991 eröffnet und nach wenigen Jahren wieder geschlossen.

Das neue Fernmeldedienstgebäude

Während die Standortfrage für Telefonläden und für die hochwertigen modernen fernmeldetechnischen Anlagen gelöst war, wurde die Unterbringung der Verwaltungsstellen des Wiesbadener Fernmeldeamtes und der Logistik immer dringlicher zumal auch das Postamt durch enormen Verkehrszuwachs einen permanenten Raummehrbedarf für sich beanspruchte. Die notwendige Sofortlösung bestand in einer nach und nach erfolgenden Auslagerung von Fernmeldedienststellen in Mieträume, die zuletzt in 12 verschiedenen Objekten im Stadtgebiet verstreut untergebracht waren. Infolge dieser Verzettelung ergab sich ein ganz erheblicher Mehraufwand an Personal- und Sachkosten in einer Größenordnung von 300000 bis 400000 DM pro Jahr. Um diesen unbefriedigenden Umstand alsbald zu beenden, wurde bereits zu Beginn der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts Überlegungen für einen Neubau angestellt. Nach langwierigen und zähen Verhandlungen konnte das Grundstück am Konrad-Adenauer-Ring 10 Jahre

später Parzellenweise erworben werden, wodurch der Ausführung nichts mehr im Wege gestanden hätte, wenn nicht gleichzeitig am Bahnhof das neue Hauptpostamt gebaut worden wäre. Da das Freiwerden des alten Postdienstgebäudes abzusehen war und die Räume durch den Fernmelde-dienst genutzt werden konnten, wurde eine Untersuchung über den langfristigen Raumbedarf des Fernmeldeamtes eingeleitet, die auch eine nachvollziehbare Aussage über dessen wirtschaftlichste Deckung enthalten mußte. Das Ergebnis dieser Studie lag 1977 vor. Trotz der inzwischen durchgeführten Verlegung eines Großteils der Fernmeldedienststellen in das alte Postamt kristallisierte sich neben vielen anderen Details als wesentlichstes Entscheidungsmerkmal heraus, daß die vorhandenen Räume weder von der Größe, noch von der Lage, noch von ihrem Zuschnitt her ausreichten, um alle Dienststellen unterzubringen können. Zudem wären erhebliche Mittel für eine notwendige Sanierung und einen erforderlichen Umbau aufzuwenden gewesen.

Angesichts dieser überzeugenden Ergebnisse fiel endlich bei der Oberpostdirektion Frankfurt und im Bundespostministerium die lang ersehnte Entscheidung zugunsten eines Neubaus. Nach Durchführung des Zustimmungs- und Genehmigungsverfahrens konnte am 12. Januar 1984 mit den Bauarbeiten begonnen werden. Das neue Gebäude mit 12000 qm Gesamtnutzfläche dient der Verwaltung, der Kundenbetreuung und -beratung; unter anderem sind untergebracht die Anmeldestelle, die Fernmeldebuchstelle, die Fernsprechauskunft, die Fernsprechentstörungsstelle und begleitende Einrichtungen im Sozialbereich wie Kantine, Küche und Nebenräume. Die Hauptnutzfläche für Büro- und Verwaltungsräume beträgt rund 8000 qm, für fernmeldebetriebliche Räume 2000 qm. Für die Hochbaumaßnahmen sind 56,3 Mio. DM veranschlagt worden, wovon 43,5 Mio. DM auf das Verwaltungsgebäude, 5,5 Mio. DM auf die Tiefgarage und 1,5 Mio. DM auf die Außenanlage entfallen. Für die künstlerische Ausgestaltung wurden 700000 DM vorgesehen; Architekten- und Ingenieurleistungen betragen rund 5,8 Mio. DM. Die technischen Einrichtungen für die Fernsprechentstörungsstelle, Telefonauskunft und die hausinterne Nebenstellenanlage kosten 2,5 Mio. DM.

Das Gebäude wurde in konventioneller Bauweise in Stahlbeton und mit tragenden Mauerwerkswänden erstellt. Die Fundierung erfolgte wegen der ungünstigen Bodenverhältnisse mit einem durchgehenden Plattenfundament. Die Fassaden zeigen die tragende Konstruktion und die Nutzung des Gebäudes. Die Betonscheiben wurden mit hellem Werkstein verkleidet, die dazwischenliegenden Fenster- und Brüstungsbänder sind aus einer Leichtmetallkonstruktion mit Einbrennlackierung.

Herausragende Ereignisse waren die Grundsteinlegung am 16.08.84, das Richtfest am 27.05.86 und die Schlüsselübergabe am 21.05.1987.

Der Neubau war nicht nur dringend erforderlich, sondern ist auch der Bedeutung des Fernmeldeamtes Wiesbaden angemessen. Der Amtsbereich des Fernmeldeamtes Wiesbaden erstreckt sich über 1200 qkm, in denen (1986) 581632 Einwohner mit allen Fernmeldedienstleistungen zu versorgen sind. Eckpunkte dieses Amtsbereiches sind die Städte Idstein, Bad Weilbach, Rüsselsheim und Lorch. In diesem Gebiet gibt es 18 Ortsnetze mit 46 Ortsvermittlungsstellen, an die 268457 Telefone angeschlossen sind. Mit einem Personalbestand von 1876 Kräften und einem Jahresumsatz von über 530 Millionen (davon allein 160 Millionen jährlicher Investitionssumme) zählt das Fernmeldeamt Wiesbaden zu den großen Betrieben der Landeshauptstadt.

Im neuen Gebäude des Fernmeldeamtes hat die Deutsche Bundespost mit einem Kostenaufwand von rund zwei Millionen DM das Projekt „ROLAND“ als europäisches Testlabor und Beratungszentrum für Protokolle der Informationstechnik eingerichtet. ROLAND steht für Realisierung offener Kommunikationssysteme auf der Grundlage anerkannter europäischer Normen und der Durchführung harmonisierter Testverfahren.

Die Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationsgesellschaft erfordert offene

Kommunikation in einem gemeinsamen europäischen Markt. Offene Kommunikation setzt aber Kompatibilität zwischen vergleichbaren Endgeräten unterschiedlicher Hersteller sowie den darin ablaufenden Anwendungsprogrammen voraus. Sie basiert auf der Schaffung und Einhaltung von technischen Normen. Sieben Gesellschaften aus sechs Ländern haben sich verpflichtet, sogenannte EUROLABs (Europäische Testlaboratorien) einzurichten. Das EUROLAB der DBP (TELEKOM) wurde am 09.03.1990 in Wiesbaden der Öffentlichkeit vorgestellt.

Verlust des Fernmeldemonopols

Mit dem auslaufenden 20. Jahrhundert beginnt die Deutsche Bundespost sich zu wandeln. Grund ist ein Beschluß der EU mit dem Inhalt: Abbau der nationalen Monopole, also auch des Fernmeldemonopols. Mit Inkrafttreten des Poststrukturgesetzes zum 01.07.1989 erfolgt in Deutschland eine rechtliche Trennung der bisher im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen wahrgenommenen politischen, hoheitlichen und unternehmerischen Aufgaben der Deutschen Bundespost. Dies hat zur Folge, daß alle politischen und hoheitlichen Aufgaben dem neuen Bundesamt für Post- und Telekommunikation (BAPT) zugeordnet werden. Die unternehmerischen Aufgaben wurden den drei neugebildeten Unternehmen POSTDIENST, POSTBANK und TELEKOM übertragen, die am 01.01.1990 ihre Aufgaben übernahmen. Ziel der gesamten Umorganisation ist es, durch marktwirtschaftlich ausgerichtete Unternehmensstrukturen die organisatorischen Grundlagen zu schaffen, um den Zukunftsaufgaben gewachsen zu sein und im Wettbewerb mit Privatunternehmen Angebotsvielfalt, Preiswürdigkeit, Qualität, Effizienz und Service in allen drei Bereichen zu fördern. Dieser Wettbewerb im Bereich der Telekommunikation ist bei den Nonvoice-Diensten bereits zum 01.08.1988 (also vor Inkrafttreten des Poststrukturgesetzes) eröffnet worden. Seit 01.09.1989 ist als weiterer Bereich die „Instandhaltung von Telex-Endstelleneinrichtungen“ (bis dahin Monopoldienstleistung der DBP) freigegeben. Weiterhin wird zum 01.07.1990 der Markt der Telefon-Endstelleneinrichtungen freigegeben. Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang, daß für Telefon-Nebenstellenanlagen und für Nonvoice-Endeinrichtungen im Bereich der Deutschen Bundespost (im Gegensatz zu einigen Ländern Europas) schon immer Wettbewerb bestand. In vielen Informationsveranstaltungen wird das Personal über anstehende organisatorische und personelle Veränderungen informiert. Die ersten Veranstaltungen mit dem Thema „Post 2000 Postreform I“ finden 1990 statt und zeigen den Weg, den es zu beschreiten gilt. Von besonderem Interesse für das Personal ist hierbei die Zukunft der Beamtinnen und Beamten sowie die der Sozialeinrichtungen in einer künftigen Aktiengesellschaft.

Für die Kundschaft macht sich der Wandel durch ein neues CI/CD (Corporate Identity/Corporate Design) bemerkbar. Formblätter, Druckwerke, Briefbögen, Arbeitskleidung des Außendienstes, Verpackungsmaterial, Gestaltung der Telefonläden und Fernmeldedienstgebäude und vieles mehr treten in einem neuen Logo in Erscheinung. Die Parole heißt weg vom Hoheitsunternehmen, hin zum dynamischen Unternehmen.

Spürbar fürs Personal wird der Wandel des Unternehmens 1994. Mit den Informationsveranstaltungen „Telekom Kontakt / Telekom AG“ wird die künftige Organisation des eigenen Hauses vorgestellt, in der es viele Stellen nicht mehr geben wird, aber auch neue zu finden sind. Manche Aufgaben werden eliminiert, andere sind ganz oder teilweise in der einen oder anderen neuen Stelle, jetzt Ressort genannt, zu finden. Vom Personal wird verlangt, daß es sich, wenn der Arbeitsplatz wegfällt, um einen neuen selbst bemüht. Das ist etwas völlig ungewohntes, hat sich der Dienstherr doch bis „gestern“ in solchen Fällen darum gekümmert. Bei der Suche nach einem evtl. Arbeitsplatz in der Neuorganisation ist noch zu bedenken, daß das Fernmeldeamt inzwischen Teil eines sogenannten Tripels ist. Tripel bedeutet, die Fernmeldeämter Wiesbaden, Mainz und Bad Kreuznach bilden eine Einheit. Wiesbaden ist für den Geschäftskundenbereich zuständig und hat Außenstellen in den

Niederlassungen Mainz und Bad Kreuznach, die Privatkunden werden von Mainz mit Außenstellen in Wiesbaden und Bad Kreuznach betreut und in Bad Kreuznach sitzt die Geschäftsleitung für den technischen Bereich mit Außenstellen in Mainz und Wiesbaden.

Ab dem 1. Januar 1995 ist die Deutsche Telekom eine Aktiengesellschaft und firmiert als Deutsche Telekom AG, Bonn. Sie wird am ersten Arbeitstag des neuen Jahres im Bonner Register (Amtsgericht Bonn HRB 6794, Sitz der Gesellschaft Bonn) eingetragen. Aus diesem Grund finden am 16. Januar 1995 in allen Niederlassungen Mitarbeiterveranstaltungen statt, jeder erhält einen Brief des Vorstandes und ein Geschenk. Geboten wird an diesem Tag ein ausgesuchtes Büffet mit warmen und kalten Speisen, dazu Getränke, im Kantinenbereich des Niederlassungsgebäudes aufgebaut. Die Wiesbadener Festveranstaltung kostete übrigens 31034,- DM für rund 800 Anwesende.

Am Anfang des ersten Jahres in der AG beginnt die Zertifizierung der Niederlassung Wiesbaden. In fast 100 Seminaren werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Wettbewerb ihres Unternehmens im kommenden Konkurrenzkampf fit gemacht. Fast gleichzeitig sind ungeahnte Aktivitäten in der Personalverwaltung festzustellen, die sich über die nächsten Jahre hinziehen werden. In eine Aktiengesellschaft passen keine Beamte (seit dem 01.01.1995 werden keine mehr eingestellt) und das Unternehmen hat zuviel Personal, das es abzubauen gilt. Grund ist die sehr straffe Organisation und die Digitalisierung, die vor allen Dingen in der Technik viel Personal freistellt. Als Lockmittel dienen finanzielle Abfindungen, Vorruhestandsregelungen und Zurruesetzungen.

In diesen bewegten Zeiten übernahm der Leiter des Fernmeldeamtes (der Niederlassung) Wiesbaden, Dipl.-Ing. Gerhard Schreyer, im Rahmen des Aufbaus Ost als kommissarischer Leiter ein Ostberliner Fernmeldeamt. Er schwirrt zwischen Ost und West hin und her, was letztlich zu viel wird. Er bekommt einen Herzinfarkt und stirbt am 7. April 1992, 53 Jahre alt. In seiner Abwesenheit übernahm Dipl.-Ing. Friedrich Hempel am 01.07.1991 die Leitung des Fernmeldeamtes und wird am 16. August 1992 im Kreise der Mitarbeiter als neuer Amtsvorsteher eingeführt. Das Amt hat er inne bis zum 31. Dezember 1995, sein Nachfolger ist ein Manager aus der freien Wirtschaft.

Das Ende

Gegen Ende des Jahres 1999 wird in einem weiteren Umorganisationsschritt der Deutschen Telekom die Wiesbadener Telekom-Niederlassung aufgelöst und besteht von nun an als Außenstelle der Telekom Mainz. Nach 123 Jahren endet, die Geschichte des Fernmeldeamtes (Telekom Niederlassung) in Wiesbaden, die als Telegrafenamts 1876 begann.

[hier weiter zu den Bildern und Anlagen](#)